

Ampel-Koalition plant „Superabschreibungen“ auf private Investitionen

Nur Klima und Digitales

Schon im Wahlkampf hatte die FDP ihre Zauberformel gefunden: Mit Innovation und Digitalisierung könne der Spagat zwischen Klimaschutz und Erhaltung des Industriestandorts Deutschland gelingen. Die Ampelkoalition verspricht nun „Superabschreibungen“: Die Kosten für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung könnten fortan innerhalb von nur vier statt bisher zehn Jahren gewinnmindernd beim Finanzamt geltend gemacht werden. Bis zu 40 Milliarden Euro pro Jahr könnte das den Staat in der Anfangszeit kosten. Für die Zukunft hofft man dafür auf mehr Wirtschaftswachstum und entsprechend steigende Steuereinnahmen. Beifall für den Plan kommt aus der Wissenschaft.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW aktuell 74/21) erwartet schon im ersten Jahr einen Anstieg der Investitionen um fünf Prozent und längerfristig einen um drei Prozent höheren Kapitalstock. Allerdings sei flankierend eine Erhöhung der Körperschaft- und Gewerbesteuer zu empfehlen, um die Haushaltsdefizite in Grenzen zu halten. Das Ifo-Institut empfiehlt hingegen keine Steuererhöhung. Es rät auch davon ab, die Superabschreibungen auf bestimmte Investitionsarten zu beschränken (Ifo Schnelldienst 12/21). Letzterem kann man nur zustimmen. Zum einen wegen der zu befürchtenden Mitnahme- und Umkettierungseffekte. Wie sollen Finanzbeamte entscheiden, was wirklich dem Klima dient? Bald wird es digitale Spaten geben, nur um die Förderung kassieren zu können? Dies ist das Kernproblem jeder staatlichen Investitionslenkung: Produziert wird, was den Richtlinien entspricht, auch wenn es so vielleicht niemand wirklich braucht.

Zudem werden durch die selektive Förderung die Knappheitspreise verfälscht. Daran

ist schon der Sozialismus gescheitert. Am Ende weiß niemand mehr, was eigentlich wieviel kostet und wieviel man davon produzieren sollte. Viele der politisch provozierten Investitionen muß man dann aus volkswirtschaftlicher Sicht tatsächlich abschreiben. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek bezeichnete dies einmal treffend als „Anmaßung von Wissen“. Tatsächlich ist die Herdenintelligenz von Millionen Verbrauchern und Produzenten durch nichts zu ersetzen, auch nicht durch Robert Habecks grünes Superministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Solch ordnungspolitisches Denken ist den neuen Regierungsberatern inzwischen aber weitgehend fremd geworden. Die üppig wuchernden staatlichen Fördertöpfe haben nicht nur viele Unternehmen, sondern auch Wissenschaftler quasi zu Huren der Politik gemacht. So kann diese ihren Einfluß immer weiter ausdehnen und sich dabei sogar auf wissenschaftliche Unterstützung berufen. Der Ampel-Koalitionsvertrag atmet förmlich diesen Geist des Interventionismus auf jeder einzelnen Seite. Zudem ist selbst der umweltpolitische Erfolg mehr als zweifelhaft.

Wenn man wirklich etwas für das Weltklima tun will, dann sollte man einfach mindestens europaweit einen für alle einheitlichen CO₂-Preis festlegen und die Marktkräfte wirken lassen. Millionen von Bürgern und Unternehmern werden dann jeden Tag ganz von selbst nach effizienten Wegen suchen, CO₂ einzusparen. Alles andere könnte man sich sparen. Das würde mehr für Wohlstand und Klimaschutz bewirken als alle Subventionen und Steueranreize zusammen.



von Ulrich van Suntum

„Der Koalitionsvertrag atmet den Geist des Staatsinterventionismus auf jeder einzelnen Seite.“

Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte bis 2020 VWL an der Wilhelms-Universität Münster.

Der Kurs der Kryptowährung Bitcoin brach kurzzeitig um ein Fünftel ein

Wieder mal ein Flash-Crash

Von Thomas Kirchner

Was Bitcoin-Anleger in der Nacht von Freitag auf Samstag erlebten, war kein Alptraum, sondern bittere Realität: Gegen sechs Uhr morgens sank die Kryptowährung innerhalb weniger als einer Dreiviertelstunde von 52.220 Dollar auf 42.296 (fast 20 Prozent), während ihre Fans ruhig schliefen. Am Donnerstag war Bitcoin noch 56.903 Dollar wert. Am Wochenende ist eigentlich wenig los, obwohl an Onlinebörsen täglich gehandelt wird. Wenn Europa und Nordamerika schlafen und nur Asien handelt, sind noch weniger Bitcoin-Händler unterwegs. Kommt in dieser Phase dann ein Walfisch, wie besonders große Käufer oder Verkäufer genannt werden, schlagen die Kurse stärker aus.

Am Samstag haben offenbar asiatische Makler 410.000 Kundenkonten liquidiert. Das kann passieren, wenn Kunden auf Kredit spekulieren und der Bitcoin sinkt, wie es am Freitag geschah. Fällt dann die Deckung des Kredits unter eine Sicherheitsmarge, muß der Makler die Kryptoanlagen liquidieren, bevor Verluste des Kunden zu einem Kreditausfall eskalieren. Im Rahmen des Flash-Crashes am Samstag wurden Schätzungen zufolge Kundenpositionen

von 2,6 Milliarden Dollar liquidiert, die größte davon in Höhe von 27 Millionen Dollar. Das ist genug, um den Bitcoin-Kurs ins Rutschen zu bringen. Daß Kurse rutschen, wenn auf einen Schlag große Positionen liquidiert werden, ist nicht neu. Die Manager der Société Générale lernten das 2008 auf die harte Tour, als sie die von Jérôme Kerviel heimlich angehäuften Dax- und Eurostoxx-Futures in nur drei Tagen verkaufen und die Indizes um zehn Prozent fielen. Der Verlust der französischen Bank belief sich auf 4,9 Milliarden Euro.

Der Kurskapielen wegen sei Bitcoin nicht als Währung geeignet, liest man nun. Doch vergessen wird dabei, daß auch traditionelle Währungen ähnliche Sprünge machen: So fiel der südkoreanische Won Ende 1997 innerhalb weniger Wochen um 54 Prozent, oder der Euro gegenüber dem Dollar von Juli bis Oktober 2008 um 22 Prozent. Großanleger sollen in letzter Zeit viele Bitcoins bei Maklern hinterlegt haben, offenbar mit der Absicht, zu verkaufen. Sie wären nicht die einzigen, die sich aus einer überbeurteilten Anlage zurückziehen: Auch Elon Musk hat in letzter Zeit für zehn Milliarden Dollar Tesla-Aktien verkauft.



Thermostat an einer Heizung: Der gesunkene Wechselkurs des Euro hat die Importe von Öl, Gas und weiteren Rohstoffen zusätzlich verteuert

Die Inflation steigt und steigt

EZB-Geldpolitik: Werden die Ankaufobergrenzen für Staatsanleihen dennoch angehoben?

DIRK MEYER

Die Ratssitzung der Europäischen Zentralbank am 16. Dezember könnte einen Meilenstein setzen. Nicht nur, daß es die letzte Sitzung mit dem scheidenden Bundesbank-Präsidenten Jens Weidmann ist. Die EZB wird ihre neue Inflations-Prognose vorlegen. Bereits in der Experten-Umfrage der EZB wurden die Inflationserwartungen nach oben revidiert: Noch im Januar 2021 lagen diese für 2021, 2022 und 2023 im Durchschnitt bei 0,9, 1,3 und 1,5 Prozent. Im Oktober wurden die Prognosen auf 2,3, 1,9 und 1,7 Prozent angehoben. Laut einer Schnellschätzung von Eurostat kletterte die Preissteigerungsrate im November in der Eurozone auf 4,9 Prozent – im Juni betrug der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) nur 1,9 Prozent.

In Deutschland lag die Inflationsrate nach Eurostat-Berechnung bei 6,0 Prozent. Spitzenreiter waren Litauen (9,3 Prozent), Estland (8,4), Lettland (7,4) und Belgien (7,1). Nur Portugal (2,7) und Malta (2,3) lagen noch unter drei Prozent. Haupttreiber waren die Energiepreise: Sie lagen in der Eurozone 27,4 Prozent höher als im November 2020. Was sind die weiteren Treiber der Inflation in Deutschland? Eine Reihe von Faktoren ist kurzfristiger Natur. So hat die Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn die Inflation um etwa 1,2 Prozentpunkte angehoben – deshalb dürfte die deutsche Rate im Januar in gleicher Größenordnung wieder fallen.

Sodann spricht man von einem Basiseffekt, denn die Preise sind 2020 mangels Nachfrage infolge der Corona-Pandemie kaum gestiegen, teils sogar gesunken. Auch spielen Nachholeffekte bei Reisen und in der Gastronomie eine Rolle, deren Preise aktuell angezogen haben. Das Stillhalten der EZB hat zudem den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Franken sinken lassen. Dies hat die Importe von Öl, Gas und weiteren Rohstoffen oder Konsumgütern zusätzlich verteuert – eine importierte Inflation. Einige preiserhöhende Einflüsse dürften auch langfristig wirksam bleiben.

Die Klimapolitik soll CO₂-Emissionen verteuern, und damit steigen die Preise für Benzin, Diesel, Gas, Heizöl und Kerosin – und die für Transporte und Reisen. Die Lieferkettenprobleme könnten

mittelfristig bestehen bleiben. Hinzu kommen wohl langfristige protektionistische Tendenzen in der Weltwirtschaft. Dies treibt die Preise für Importe wie Elektronikchips, Rohstoffe und Fertigwaren. Der angekündigte Mindestlohn von zwölf Euro verteuert nicht nur den „Niedriglohnsektor“. Er wird das gesamte Gehaltsgefüge nach oben ziehen, um Lohnabstände zu wahren.

Schließlich ist die demographisch bedingte Verknappung von Arbeitskräften bereits jetzt spürbar, von den nicht nur coronabedingten Bildungsdefiziten der jungen Generation ganz zu schweigen. Wesentlich für den zukünftigen Preisauftrieb ist schließlich eine drohende Entankerung der Inflationserwartungen. Indem EZB-Chefin Christine Lagarde den vorübergehenden Charakter des Preisanstiegs betont, Zinserhöhungen auf absehbare Zeit ausschließt und keinesfalls Entschlossenheit beim Erhalt der Geldwertstabilität zeigt, droht ein Vertrauensverlust und eine Einpreisung höherer Inflationsraten in die Tarifverhandlungen. Auch Abos und Mieten dürften steigen.

Corona-Ausnahmen ermöglichen die monetäre Staatsfinanzierung

Das Ergebnis wäre eine Lohn-Preis- bzw. eine Kosten-Preis-Spirale. Der Inflationsanstieg verselbständigt sich. Da eine Straffung der Geldpolitik mit einer Wirkungsverzögerung von 18 bis 24 Monaten verbunden ist, kommt einer Erwartungsbildung somit in doppelter Hinsicht eine wichtige Rolle zu. Welche Möglichkeiten bleiben der EZB? Generell kann sie den Leitzins anheben oder die Geldmenge verknappen. Die beiden Anleihekaufprogramme (PSPP/PEPP; JF 25/21) summieren sich bis Oktober auf 4.083 Milliarden Euro. Zu 88 Prozent wurden Staatsanleihen aufgekauft. Die dafür ausgegebene Zentralbankgeldmenge entspricht etwa der Hälfte der EZB-Bilanzsumme und einem Drittel aller Euro-Staatsschulden. Je stärker die EZB ihre Vorhersagen nach oben korrigieren muß, desto wahrscheinlicher wird eine Beendigung des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP). Denn bei einer Leitzinsenerhöhung und Fortführung der zinsenkenden Anleihekäufe erhielten die Märkte widersprüchliche Signale.

Das Problem: Zum einen käme es zu Kursverlusten bei (Staats-)Anleihen, die die EZB selbst,

aber auch Banken und deren Eigenkapital treffen würden. Zum anderen verteuert ein damit einhergehender Zinsanstieg die Neuverschuldung. Einige Eurostaaten sind hoch verschuldet: Griechenland (207 Prozent des Bruttoinlandsprodukts/BIP), Italien (156), Portugal (135), Spanien (123) und Frankreich (115). Zudem haben Banken Kredite langfristig zu niedrigen Zinsen vergeben und müßten jetzt Einlagen zur Refinanzierung höher verzinsen. Die Finanzmarktstabilität wäre gefährdet. Auch deshalb wird der EZB-Rat vorsichtig agieren.

Insbesondere wird die EZB bei einer planmäßigen PEPP-Beendigung (März 2022) auf die „gewöhnliche“ Flexibilität kaum verzichten wollen. Während das reguläre PSPP eine Ankaufobergrenze von 33 Prozent für jede einzelne Wertpapieremission (Emissionslimit) und für die Gesamtheit aller notenbankfähigen Schulden eines Emittenten (sprich: Eurostaates; Emittentenlimit) vorschreibt, waren diese Restriktionen für das PEPP entfallen. Zudem gelten hier auch griechische Schuldtitel als ankauffähig. Schließlich wurde die Orientierung der Ankäufe nationaler Schulden am EZB-Kapitalschlüssel, die eine Gleichbehandlung sicherstellt, aufgeweicht. Diese Regelungen dienen einer Sonderbehandlung notleidender Eurostaaten – die EZB ist EU-vertragsgemäß jedoch kein „Schuldenstaatenretter“.

Eine Übertragung dieser Corona-Lockerungen auf das PSPP wäre ein Dammbreach. So wurde das Emissionslimit von 33 Prozent damit begründet, daß die EZB im Fall der Überschuldung eines Staates und Verhandlungen über einen Schuldenschnitt kein Vetorecht mittels einer „Sperrminorität“ erhält. Dieses gewährt eine „Klausel über kollektive Maßnahmen“ (CAC-Klausel), die seit 2013 Vorschritt ist. Würde die EZB auf ihr Veto zu einem Schuldenerlaß verzichten, verstieße sie gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Insofern müßte sie eine Umschuldung ablehnen – was den „Schwarzen Peter“ beim Rettungsfonds ESM und der EU mit umverteilen und der Gemeinschaftshaftung unterliegenden Eurobonds abladen würde. Der Corona-„Beistand“ würde zum Prinzip erhoben, die EU zur Fiskalunion mit Letztversicherung der Staaten. Die ursprüngliche Marktstrukturalter Ordnung wäre dann völlig aufgehoben.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

HOHE ERTRÄGE OHNE KAPITALRISIKO
Softwarefirma bietet stille Beteiligung ab 100.000,- Euro an unfehlbarer Börsenhandel - Gewinntechnologie mit Kapitalabsicherung auf Immobilie.
0 27 41 - 99 101 55 • twindex@web.de

Bieten umsonst einfache, ruhige, möblierte **3-Zimmer-Wohnung** mit Holzofenheizung in einem großen Bio-Garten am Rande eines elsässischen Dorfs mitten in den Vogesen 25 km von Colmar. Wir suchen 1-2 ältere Menschen, die unserer betagten, von der Heimat abgeschnittenen Mutter im Alltag etwas **Gesellschaft leisten**. Eine Tochter wohnt nebenan. astrid.krueger@bluewin.ch

WERBEWIRKUNG? SCHWEINEGÜNSTIG!
Kleinanzeigen in der JF - Herr Beck
beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon 030 - 86 49 53 - 67

Winfried Knörzer
Farben der Macht
Der rechte Blick auf die Gesellschaft der Gleichen
ISBN 978-3-938176-90-0
352 Seiten, geb., Festeinband
24,80 Euro

Soziologie von rechts!
Was ist eigentlich Elite?
Warum ist Korruption mehr als eine zusätzliche Abgabe?
Wer gewinnt am meisten von Political Correctness?
„Knörzers Fähigkeit, gesellschaftliche Zusammenhänge mit systemtheoretischen Instrumentarien zu deuten, sticht hervor. Dieser Grundzug macht seine Darlegungen gegenüber den üblichen herrschaftskonformen ... überlegen.“ (Felix Dirsch)

Lindenbaum Verlag GmbH
Bergstr. 11 - 56290 Schnellbach
Tel. 06746 - 730047
www.lindenbaum-verlag.de

Mutter's Bester Tropfen
Ein Kräuterbitter
...nach alter Familienrezeptur hergestellt.

Sie kennen ihn noch nicht? Gegen Einblendung dieser Anzeige zusammen mit Briefmarken im Wert von 2,20 € (Warensendung) erhalten Sie einmalig eine 0,04 l **Gratisprobe (JF)**

Mutter & Sohn
Postfach 3232
55022 Mainz
Tel (0 61 31) 33 46 60
Fax (0 61 31) 99 39 09
www.mutters-bester-tropfen.de

Burkhard Voss
Psychoblüten und Corona
Dieses Buch ist ein bunter Blumenstrauß aus lebendigen Beschreibungen bedeutsamer psychischer Erkrankungen (z.B. Schizophrenie, Demenz), kritischen kulturpsychologischen Betrachtungen in der postmodernen-medikalisierten Gegenwartsepoche, psychischen Erkrankungen herausragender Persönlichkeiten, Nebenwirkungen von Psychotherapie, Entzauberung von den Wirkungen von Psychotherapie, aufgelockert mit persönlichen Begegnungen des Autors mit Prominenten wie Manfred Lütz oder Sascha Lobo. Der rote Faden der Erzählungen wird geknüpft durch Kritik an Medikalisierung, Psychologisierung sowie des Kampfes gegen die Normalität. Wer Gendersternen sucht wird enttäuscht sein. Im Gegenteil: Die Sprache ist bisweilen bewusst polemisch gewählt. Abgerundet wird das Ganze durch eine kritische Betrachtung der rigiden Corona-Maßnahmen und deren langfristigen Auswirkungen. Darum sollte man sich in Zukunft kümmern, nicht um Empfindlichkeitsattitüden. Die haben wir schon genug.

ISBN: 978-3-87336-729-6
148 S., DIN A5 Klappenbrochüre
16,80 EUR

GHV
gerhard-hess-verlag.de

bestellservice@jf-buchdienst.de | Telefon 030 / 864 953-25 | www.jf-buchdienst.de